

II-2508 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1333/J

1987-12-10

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Feurstein
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Vermeidung von unnötiger Bürokratie im Bereich der
Sozialversicherung

Die Versicherten bei der Versicherungsanstalt öffentlich Be-
diensteter müssen aufgrund der geltenden gesetzlichen Vor-
schriften einen Behandlungsbeitrag leisten. Dieser wird in
der Regel vierteljährlich vorgeschrieben. Die Höhe dieses
Behandlungsbeitrages richtet sich nach dem jeweiligen Arzt-
honorar sowie nach der Höhe der sonstigen Behandlungskosten.

Aufgrund verschiedener Erfahrungen, die in der letzten Zeit
vom Erstunterzeichner dieser Anfrage gesammelt wurden, wer-
den auch ganz bescheidene Behandlungsbeiträge von der Ver-
sicherungsanstalt vorgeschrieben. In einem konkreten Fall,
der mit 13.11.1987 datiert, mußte der Versicherte Edmund
Dürr aus Feldkirch S 1,-- einzahlen.

Der Einzahlungsschein wird in der Folge kopiert.

		Zahlungswert 5 1 8	
EMPFANGSCHEIN		1,00	
BEHANDLUNGSBEITRAG BITTE ZUR EINZAHLUNG VERWENDEN SV-NR 3447220441 05 87/50		Bei Verwendung bei Überweisung hier abschneiden, fertigen	
P.S.K. Kto.Nr. d. Bank P.S.K. Kto.Nr./Geo-Kto.Nr. d. Einzahlers	Nur bei Überweisung	Einzahler Name und Anschrift: DUERR EDMUND WOLF HUBER STR. 22 6800 FELDKIRCH	
P.S.K. Kto.Nr. d. Bank P.S.K. Kto.Nr./Geo-Kto.Nr. d. Empfängers 2423.630		Empfängers: Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) Behandlungsbeitrag DVR: 0024155	
Verwendungszweck	Aufzugsplankonto	Betrag	

- 2 -

Dieser Verwaltungsaufwand, der aus der Vorschreibung von Behandlungsbeiträgen in bescheidener Höhe resultiert, könnte nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten immer dann unterbleiben, wenn die Verwaltungskosten höher sind als der jeweilige Behandlungsbeitrag.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A n f r a g e :

- 1) Teilen Sie die Auffassung, daß der Behandlungsbeitrag nur dann vorgeschrieben werden sollte, wenn er höher ist als die jeweiligen Verwaltungskosten?
- 2) Was werden Sie unternehmen, um dieser Auffassung zu entsprechen?